

---

# Landtagswahlprogramm der Niedersachsen-CDU

**CDU**



17/1/15 - Nds - 86

**Landtagswahlprogramm  
der  
Niedersachsen-CDU**

**für die Wahl zum  
Niedersächsischen Landtag  
Am 15. Juni 1986**

PRÄAMBEL

Als die CDU vor zehn Jahren die Regierungsverantwortung für unser Land übernahm, gab es für uns fünf vorrangige Aufgaben zu lösen:

- die Modernisierung unserer wirtschaftlichen Strukturen als unerläßliche Voraussetzung für die Sicherung eines hohen Standes von Einkommen und Beschäftigung,
- die Beseitigung sozialer Mißstände und den Aufbau eines flächendeckenden Netzes sozialer Dienste,
- die Wiederausrichtung unserer Schulen auf ihre eigentliche Aufgabe, nämlich Kinder ideologiefrei zu bilden und zu erziehen, so daß sie den Anforderungen des späteren Lebens gewachsen sind,
- den Ausbau der Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, damit jeder, der es wünscht, sich seinen Fähigkeiten entsprechend weiterbilden kann,
- die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Modernisierung unserer Verwaltungsstruktur.

Diese Ziele sind heute zu einem beachtlichen Teil erreicht, wenn es auch in der Natur politischer Aufgaben liegt, daß stets ein unvollendeter Rest bleibt.

Niedersachsen geht es alles in allem gut. Wir leben in Frieden und Freiheit. Unsere Generation kennt einen Wohlstand, wie es ihn nie zuvor in der Geschichte unseres Landes gegeben hat. Das soziale Netz trägt, auch wenn es in Teilen verbesserungsfähig und -würdig ist. Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen ein schweres Schicksal und für alle eine ständige Herausforderung. Aber auch hier geht es aufwärts. Gerade in den letzten Monaten ist in Niedersachsen die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, und die weiteren Zukunftsaussichten sind positiv. Die Gefährdung der Umwelt wurde gerade noch rechtzeitig erkannt. Wir leben in einer schönen und überwiegend gesunden Umwelt. Luft und Wasser werden von Jahr zu Jahr sauberer.

...

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Präambel .....	3
I. Unsere Sozialpolitik .....	5
II. Unsere Familienpolitik .....	8
III. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	10
IV. Unsere Agrarpolitik .....	14
V. Unsere Politik zum Schutze von Natur und Umwelt ..	17
VI. Unsere Jugend-, Sport- und Bildungspolitik .....	20
VII. Unsere Politik für Forschung und Wissenschaft .....	24
VIII. Unsere Kunst- und Kulturpolitik .....	25
IX. Die neue Partnerschaft .....	26
X. Unsere Innenpolitik .....	29

In dieser Phase der Entwicklung unseres Landes sollten wir uns ein neues Ziel setzen: Niedersachsen noch ein Stück menschlicher zu machen.

Das verlangt,

- daß wir in Gemeinschaft miteinander leben und vor allem die örtliche Gemeinschaft stärken.
- daß wir jenen in unserer Mitte helfen, die es besonders schwer haben oder in Not sind. Keiner soll verlorengehen!
- daß wir in überschaubaren Einheiten leben.

Wir brauchen die menschliche Dimension. Wir wollen die menschliche Schule, das menschliche Krankenhaus und auch die menschliche Verwaltung. Wir wollen Wohnungen und Siedlungsformen, die uns vor Anonymität bewahren, uns menschliche Kontakte, Nachbarschaft, dörfliche oder städtische Gemeinschaft ermöglichen. Wir wünschen, daß die Generationen wieder in engerem Kontakt miteinander leben. Wir wollen teilnehmen können am Leben der Natur, denn auch das gehört zum menschlichen Dasein.

Auf der Grundlage der christlich-abendländischen Tradition wollen wir unser Leitbild einer freiheitlichen, sozialen und menschlichen Gesellschaft in den nächsten Jahren verwirklichen. Dies ist unser Angebot an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

. . .

## I. UNSERE SOZIALPOLITIK

### WIR GESTALTEN DAS SOZIALE NIEDERSACHSEN MIT HERZ UND VERSTAND

Wir bekennen uns zur engagierten Erfüllung der sozialstaatlichen Aufgaben. Wenn die Kraft des einzelnen, der Familie und der kleinen Gemeinschaften nicht ausreicht, muß die Gemeinschaft aller Solidarität mit den Hilfebedürftigen praktizieren. Aktive Hilfe zur Selbsthilfe unter Einbeziehung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege hat dabei Vorrang vor Versorgung. Die Familie, die alten Menschen, die Behinderten und die Kranken stellen wir in den Mittelpunkt.

Uns bedrückt die Situation der Menschen in Niedersachsen, die in Not sind. Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, in der die Menschen wieder stärker aufeinander zugehen und füreinander da sind. Einsamkeit, Isolation und soziale Not müssen überwunden werden. Soziales Engagement der Bürger ist dafür unverzichtbar. Ehrenamtliche Tätigkeit ist für uns kein Mittel zur Kostendämpfung, sondern ein Beitrag für mehr Menschlichkeit.

### WIR BRINGEN HILFE INS HAUS

Wir möchten, daß ältere Menschen möglichst in vertrauter häuslicher Umgebung leben können. Unsere Sozialstationen haben dafür die Voraussetzungen geschaffen. Wir werden sie ausbauen und ein noch breiter gefächertes Angebot an Hilfestellung vorhalten. Essen auf Rädern, Besuchsdienste, Telefonketten, Hausnotrufsysteme werden wir ausbauen.

. . .

#### WIR REFORMIEREN DIE FINANZIERUNG DER PFLEGEKOSTEN

Den früheren Mangel an Altenpflegeplätzen haben wir in Niedersachsen beseitigt. Uns bedrückt, daß die Kosten für einen Pflegeplatz aber immer weniger aus eigenen Einkünften finanzierbar sind.

Wir setzen uns deshalb für eine Reform der Finanzierung von Pflegeleistungen ein, damit niemand mehr Sorge haben muß, nach jahrzehntelanger Arbeit in Familie und Erwerbsleben als Pflegefall Taschengeldempfänger zu werden.

#### WIR ENGAGIEREN UNS FÜR BEHINDERTE

Wir wollen die Teilnahme der Behinderten am Leben in der Gemeinschaft. Wir garantieren deshalb die Weiterentwicklung der Bildungsstätten und den Ausbau der Werkstätten für Behinderte sowie die Förderung der Erholungsmaßnahmen und des Behindertensports.

Eine große Zukunftsaufgabe sehen wir darin, verschiedene Wohnformen zu entwickeln, in denen Behinderte in größtmöglicher Selbständigkeit leben können. Darüber hinaus möchten wir den Gedanken der Pflegefamilien für Behinderte stärker hervorheben. Es ist für uns ein Gebot christlicher Verantwortung, daß sich jedermann dem behinderten Mitmenschen zuwendet.

#### WIR DIENEN DER GESUNDHEIT

Jeder von uns kann krank werden. Dann bedürfen wir der Hilfe. Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen ist daher wichtig. Die Sanierung und Modernisierung unserer Krankenhäuser wird ein Schwerpunkt der kommenden Jahre bleiben. Vorrang vor stationärer Betreuung hat jedoch die ambulante Behandlung durch frei praktizierende Ärzte unter Einbeziehung der Sozialstationen. Dies gilt auch für die Behandlung psychisch Kranker durch niedergelassene Nervenärzte und die sozialpsychiatrischen Dienste.

. . .

Die Gesundheitsvorsorge steht für uns obenan. Vorbeugen ist bekanntlich besser als heilen und ist letztlich der beste Beitrag zur Kostensenkung. Damit im Ernstfall Geld keine Rolle spielt, fordern wir im Alltag ein kostenbewußtes Verhalten aller.

Vorrang hat die Gesundheitsaufklärung sowie die Erforschung der Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Rheuma und Krebs. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Bekämpfung des Alkohol-, Nikotin-, Medikamenten- und Drogenmißbrauchs. Dabei werden wir die Selbsthilfegruppen soweit wie möglich einbeziehen.

Die Forschung über die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und Gesundheitsgefährdung werden wir weiter intensivieren. Aus allen gesicherten Erkenntnissen und ernstzunehmenden Hinweisen auf umweltbedingte Gesundheitsgefahren müssen unverzüglich Konsequenzen gezogen werden. Wir werden dazu den gesundheitsbezogenen Verbraucherschutz ausweiten und die Arbeitssicherheit sowohl im Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen, als auch in der Unfallverhütung ständig verbessern.

. . .

## II. UNSERE FAMILIENPOLITIK

### WIR GEBEN DER FAMILIE NEUE CHANCEN

Die Familie hat sich auch in unserer Zeit als die beste Lebensform erwiesen. Sie ist Fundament unserer Gesellschaft. Wir wollen den Zusammenhalt in Ehe und Familie fördern und möchten, daß Kinder mit persönlicher Zuwendung und Orientierung aufwachsen.

Die Einführung des Erziehungsgeldes für Mütter und Väter ist dazu ein ebenso wichtiger Beitrag wie die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Wir bleiben hier nicht stehen. Unser Ziel heißt, die Dauer des Erziehungsgeldes schrittweise zu verlängern.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß auch die vor 1921 geborenen Mütter für ihre unter größten Entbehrungen geleistete Aufbau- und Erziehungsarbeit eine finanzielle Anerkennung erhalten.

Um den Kontakt von Müttern mit Kindern dort zu verbessern, wo ihnen Isolation droht, werden wir gezielt ortsnahe Familienzentren fördern.

Die Spitzenposition Niedersachsens beim Wohneigentum werden wir ausbauen. Hilfen zum Bau von Eigenheimen für Familien mit Kindern stellen wir dabei in den Mittelpunkt.

### HELFEN STATT STRAFEN

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist für uns eine große Herausforderung, der wir uns in Zukunft stärker annehmen müssen. Dabei geht es uns nicht um Strafgesetze, sondern um verstärkte finanzielle Hilfen und einen Bewußtseinswandel hin zu mehr Ehrfurcht und zu mehr Verantwortung für das ungeborene Leben. Den werdenden Müttern wollen wir helfen und so auch dem ungeborenen Leben mehr Chancen geben.

Wir lehnen jede Form aktiver Sterbehilfe ab, die mit der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens nicht vereinbar ist.

. . .

### WIR WOLLEN ALTE MENSCHEN MITTEN UNTER UNS

Jede Generation muß ihre Zukunftsperspektive haben. Gerade die jetzt älteren Generationen haben nach großem Leid und Entbehrungen mit Mut und Zuversicht den Aufbau unserer Gesellschaft geprägt. Dies verpflichtet uns, unsere ganze Kraft für ein menschenwürdiges Dasein unserer älteren Mitbürger einzusetzen. Dabei spielt die gesicherte Rente eine wichtige Rolle. Wir garantieren sie.

Die materielle Sicherheit bedeutet vielen jedoch wenig, wenn die Geborgenheit fehlt.

In einer menschlichen Gesellschaft darf es ungewollte Einsamkeit nicht geben.

Wir fördern deshalb das Wohnen mehrerer Generationen unter einem Dach. Dies bereichert alle, die Älteren wie die Jüngeren. Viele ältere Menschen, vor allem auch Frauen, sind von der Ausgrenzung aus der Gesellschaft bedroht. Um sie zu integrieren, werden wir die Bildungsangebote für ältere Menschen ausweiten und Begegnungsmöglichkeiten in Sportgruppen, Altenclubs und Begegnungsstätten erweitern.

. . .

### III. UNSERE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

In Niedersachsen lohnt es sich zu leben und zu arbeiten. Niedersachsen ist das norddeutsche Aufsteigerland. Die niedersächsische Wirtschaft wächst. Die Produktionsentwicklung der niedersächsischen Unternehmen ist überdurchschnittlich. Die Strukturverbesserung kommt voran. Neue Verkehrswege lassen alle Teile Niedersachsens näher zusammenrücken, niedrige Energiepreise stärken die Wettbewerbskraft. Unsere Förderung wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen zeigt erhebliche Erfolge.

#### ARBEITSPLÄTZE SICHERN - ZUKUNFT GESTALTEN

Weil wir wissen, daß Arbeitslosigkeit für viele Menschen eine schwere Belastung darstellt, stehen für uns die Schaffung und Erhaltung zukunftssicherer Arbeitsplätze im Mittelpunkt unserer Politik. Gemeinsam mit der Bundesregierung sind wir dabei, die Bundesrepublik Deutschland aus der folgenreichsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu führen.

Unsere seit zehn Jahren mit großer Energie und Zähigkeit verfolgte Politik der Strukturverbesserung hat die niedersächsische Position im Ländervergleich entscheidend verbessert. Dabei setzen wir auf unsere Standortvorteile, den Fleiß unserer Bürger und die Wettbewerbskraft der Unternehmen. Bei der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt steht Niedersachsen besser da als seine Nachbarländer Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, obwohl dazu in Niedersachsen viel mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden mußten als anderswo. Die starke Zunahme der Erwerbstätigen, vor allem junger Menschen, ist eine große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung von morgen.

Unsere Arbeitsmarktpolitik leistet wirksame Unterstützung. Unsere Ausbildungsplatzprogramme helfen Tausenden von jungen Menschen. Unsere Beschäftigungsinitiative fördert wirkungsvoll den Einstieg von Berufsanfängern auch durch Teilzeitarbeit und Weiterbildung und bedarf im Interesse der Berufsanfänger einer wirkungsvolleren Unterstützung durch die Tarifpartner.

. . .

### MITTELSTAND - MOTOR DER WIRTSCHAFT

Für uns ist die Sicherung und der Ausbau der Wettbewerbskraft des Mittelstandes die wichtigste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik. Denn eine gute Mittelstandspolitik ist zugleich die beste Arbeitsmarktpolitik. Eine aktive Mittelstandspolitik besteht in erster Linie darin, Behinderungen und Diskriminierungen zu unterbinden und zu beseitigen. Mit unserem Mittelstandsförderungsgesetz, dem Landesdarlehensprogramm, den Bürgschaftsprogrammen, dem Technologieprogramm und den Existenzgründungshilfen leisten wir dem Mittelstand wirksame Hilfe: Die Zahl der mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen hat deshalb deutlich zugenommen. Unsere gezielten Maßnahmen zur Erlangung eines fairen Leistungswettbewerbes im Einzelhandel sichert mittelständische Existenzen, Arbeits- und Ausbildungsplätze.

#### WETTBEWERBSKRAFT DURCH INNOVATIONEN

Unser Technologieprogramm hilft, neue Ideen schneller in neue Produkte umzusetzen. Wir werden die Ansiedlung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute fortsetzen. Mit unserem Beratungsangebot - z. B. im Bereich des Exports oder der Innovationen - helfen wir kleinen und mittleren Firmen, ihre Produkte technisch fit und weltmarktreif zu machen. Diese Beratung werden wir ausbauen, um in einer Welt, die immer arbeitsteiliger und informationsreicher wird, dem Mittelstand faire Wettbewerbschancen zu sichern. Dazu gehören auch Qualifikationsmöglichkeiten, die wir mit unseren Technologietrainingszentren anbieten. Mit dem Programm zur Förderung von Innovationsassistenten wird der Wissenstransfer von der Hochschule in die Wirtschaft gestärkt. Wir wollen die Möglichkeit privaten Risikokapitals stärker in die Finanzierung von Innovationsprojekten einbinden.

Diese Stärkung der Innovations- und Investitionstätigkeit der Wirtschaft sichert nicht nur mehr Arbeitsplätze und technischen Fortschritt, sondern bedeutet zugleich eine durchgreifende ökologische Verbesserung.

. . .

#### NEUE MÄRKTE FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT

Wir wollen neue Märkte für die Bauwirtschaft erschließen. Mit unserer Förderungsoffensive setzen wir neue Schwerpunkte für die Stadtsanierung, die Dorferneuerung und die Denkmalspflege.

Privates Kapital wollen wir stärker in zur Zeit durch öffentliche Mittel nicht finanzierbare Investitionen lenken, damit diese zeitlich vorgezogen werden können.

#### VERBESSERUNG DER EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

Wir werden uns mit Nachdruck für eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung mittelständischer Unternehmen einsetzen, weil der Mittelstand die meisten Arbeitsplätze schafft und sichert. Im Vordergrund steht die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns.

#### NIEDERSACHSEN - WIRTSCHAFTSLAND MIT ZUKUNFT

Wir werden unsere Strukturpolitik fortsetzen. Der nächste Schritt ist ein Verbundsystem zwischen Straße, Schiene, Hafen und Flugverkehr. Im Eisenbahn- und Flugverkehr werden wir Niedersachsen konsequent zum nördlichen Zentrum ausbauen. Wir wissen um die Bedeutung unserer Häfen auch als Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung für ein weites Hinterland. Wir haben unsere Häfen für den internationalen Wettbewerb gerüstet. Den Dollarthafen werden wir für unseren Nordwesten bauen. Wilhelmshaven bleibt für uns der wichtigste Tiefwasserhafen.

Durch vermehrte Freizeit und verändertes Freizeitverhalten wächst unserem Fremdenverkehr eine noch größere Bedeutung zu. Niedersachsen - ein schönes Stück Deutschland - ist ein Markenbegriff geworden, den wir weiter ausbauen werden.

. . .

Die "Straßen der Zukunft", die neuen Wege und Trassen der Telekommunikation, sind in Niedersachsen dank unserer Landesregierung im zügigen Aufbau. Wir wollen unsere Spitzenposition im Ländervergleich im Bereich der Telekommunikation und Verkabelung entschlossen behaupten.

#### UNSERE FINANZPOLITIK SICHERT DIE ZUKUNFT

Nur eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ermöglicht soziales Handeln. Eine Politik des Schuldenmachens richtet sich speziell gegen die Menschen mit niedrigem Einkommen, weil sie am härtesten von hohen Zinsen und Inflation betroffen werden. Deshalb haben wir in Niedersachsen konsequent mit der Politik der Staatsverschuldung Schluß gemacht. Den Anteil der Neuverschuldung am gesamten Haushalt des Landes haben wir von 15,4 % auf 6,6 % zurückgeführt. Der Zukunft unserer Kinder haben wir damit neue Chancen gegeben.

Wir wollen die Landesfinanzen weiter sanieren, um damit für Zukunftsinvestitionen mehr Mittel zur Verfügung zu haben. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger werden wir weiter verringern. Wir stärken zum Nutzen aller die Investitionsbereitschaft des einzelnen und der gesamten Wirtschaft und schaffen mit einer soliden Finanzpolitik die Voraussetzungen dafür, daß den Schwachen wirksam geholfen werden kann.

Wir treten für ein durchschaubares und gerechtes Steuersystem ein. Eine Entschärfung der Steuerprogression hat dabei Vorrang vor einer Senkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß die ertragsunabhängigen Steuern bei den Unternehmen gesenkt und die Bildung von Eigenkapital steuerlich begünstigt wird. Besonders dringend ist die Reform der Besteuerung der Unternehmen, denn die Voraussetzung für eine dauerhafte und gesunde Investitionsfähigkeit kann nur durch eine ausreichende Eigenkapitalbildung geschaffen werden.

. . .



#### IV. UNSERE AGRARPOLITIK

Eine lebensfähige Landwirtschaft ist für Niedersachsen unentbehrlich. Unser Ziel heißt, Sicherung und Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe gegenüber gewerblichen Veredlern und Massentierhaltern durch steuerliche und umweltpolitische Maßnahmen. Nur durch bäuerliche Familienbetriebe kann die wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes erhalten werden.

Um dies für die Zukunft zu sichern, werden wir ein Gesetz zur Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebsstruktur in der europäischen Landwirtschaft einbringen. Dieses Gesetz wird das öffentliche Interesse an der Erhaltung der bäuerlichen Agrarstruktur dadurch dokumentieren, daß die gesellschaftspolitischen, sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und umweltpolitischen Gründe detailliert dargestellt werden.

Ein zweiter Teil im Gesetz wird mindestens fünf Kriterien festlegen, die den Strukturrahmen des Familienbetriebes ausmachen und dadurch eine klare Abgrenzung zur nicht gewünschten Agrarstruktur ermöglichen.

1. Der Familienbetrieb muß eine Hofstelle haben mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden.
2. Seine landwirtschaftliche Produktion muß bodengebunden sein. Die Bodenbindung liegt dann vor, wenn die Tierhaltung nach Maßgabe des Bewertungsgesetzes als landwirtschaftliche Tierhaltung eingestuft worden ist.
3. Der Familienbetrieb muß zu seiner selbständigen Bewirtschaftung in ausreichendem Maße mit eigenen Betriebsmitteln ausgestattet sein.
4. Der Familienbetrieb muß auf das eigene Risiko der bäuerlichen Familie bewirtschaftet werden.
5. Der Familienbetrieb muß überwiegend und nachhaltig durch familieneigene Arbeitskräfte bewirtschaftet werden.

. . .

Eine Ausnahmeregelung im Gesetz wird sich am öffentlichen Interesse orientieren.

Zur Sicherung der Familienbetriebsstruktur werden Agrarproduzenten, die außerhalb dieses Strukturrahmens wirtschaften, nach einer angemessenen Übergangszeit von allen agrarpolitischen Maßnahmen zugunsten bäuerlicher Landwirtschaft ausgeschlossen sein.

Dieses Familienbetriebsstrukturgesetz soll für den Fall, daß es auf EG-Ebene nicht kurzfristig durchgesetzt werden kann, wegen seiner Bedeutung als grundlegende langfristige Perspektive umgehend nationale Gültigkeit haben.

Die Sicherung der bäuerlichen Einkommen muß vorwiegend über den Preis erfolgen. Preissenkungen in der gegenwärtigen schwierigen Situation der Landwirtschaft lehnen wir ab.

#### ZUKUNFTSSICHERUNG DURCH NEUE WEGE

Die Situation in der Agrarwirtschaft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erfordert ein konsequentes Umdenken. Aufgrund der strukturellen Überschüsse auf den wesentlichen Märkten für landwirtschaftliche Erzeugerpreise scheiden kurz- und mittelfristig die Produktionsausdehnung und die spürbare Anhebung der Preise als ehemals wesentliche Elemente der Einkommensverbesserung weitgehend aus. Für die zukünftige Agrarpolitik ergeben sich hieraus folgende grundsätzliche Konsequenzen:

- Sie muß neue Wege zum Abbau überschüssiger Produktionskapazitäten beschreiten, um die Agrarmärkte funktionsfähig und finanzierbar zu erhalten und damit wieder mehr Spielraum für die Markt- und Preispolitik zu eröffnen.

. . .

- Sie muß darüber hinaus die Voraussetzungen schaffen, daß landwirtschaftliche Produkte für neue Märkte verstärkt angebaut und neue Absatzwege für die Verwendung von agrarischen Rohstoffen im industriell gewerblichen Bereich erschlossen werden können. Schon heute kann diese Produktion intensiviert werden, wenn ein Teil der Finanzmittel eingesetzt wird, der für die Beseitigung der Überschußproduktion verwendet wird.
- Sie muß schließlich alle Möglichkeiten nutzen, um der Landwirtschaft als Pfleger von Natur und Umwelt und als Hüter von Boden, Wasser und Luft neue Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen.
- Sie muß einheitliche Rechtsnormen, z. B. im Pflanzenschutz, bei Frachthilfen und der Tierernährung, schaffen, so daß gleiche Wettbewerbschancen innerhalb der EG verwirklicht sind.

Die hier aufgezählten Schwerpunktaufgaben der Agrarpolitik machen zugleich deutlich, daß die Markt- und Preispolitik in den nächsten Jahren verstärkt durch eine zielgerichtete Agrarsozial-, Struktur-, Steuer- und Umweltpolitik zur Sicherung der bäuerlichen Struktur ergänzt werden muß. Der zur Zeit fehlende Spielraum für Preisanhebungen, wie sie für ausreichende Einkommensverbesserungen unserer bäuerlichen Betriebe notwendig wären, ist durch die genannten Elemente mit dem Ziel einer aktiven Einkommenspolitik auszugleichen.

#### UNSEREN BAUERN GEBEN WIR SOZIALE SICHERHEIT

Wir bekennen uns zum weiteren Ausbau der sozialen Sicherung unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Der Dienst für die Allgemeinheit, den die Landwirtschaft sowohl ökonomisch wie ökologisch leistet, muß ihr angemessen honoriert werden. Unser Ziel bleibt aber der selbständig wirtschaftende Bauer, der aus seinem Betrieb heraus lebt, und nicht der staatlich reglementierte und von Unterstützungen abhängige Landwirt, dem der Glaube an die eigene Kraft und Verantwortung genommen wird.

Darum fordern wir ein Gesetz zur Sicherung der Familienbetriebsstruktur in der europäischen Landwirtschaft.

...

#### V. UNSERE POLITIK ZUM SCHUTZE VON NATUR UND UMWELT

Niedersachsen ist ein außergewöhnlich schöner, landschaftlich abwechslungsreicher Teil Deutschlands. Wir leben weitgehend in gesunder Natur und unverbrauchter Umwelt. Natur und Umwelt zu schützen und - wo Defizite bestehen - weiter zu verbessern, ist für uns eine gern übernommene Verpflichtung.

Saubere Luft, sauberes Wasser und gesunder Boden sind das Fundament unserer Existenz. Deshalb müssen die Schadstoffbelastungen entscheidend begrenzt werden.

#### UMWELTSCHUTZ UND WIRTSCHAFT - WIR VERSÖHNNEN SIE

Mit der in Angriff genommenen Verdoppelung der Naturschutzflächen und dem Moorschutzprogramm sind hier wesentliche Meilensteine gesetzt. Wir werden diese Programme fortführen. Als weiteren wichtigen Schritt zur Erhaltung unserer einzigartigen niedersächsischen Landschaft haben wir den Nationalpark Wattenmeer geschaffen. Zur Erfüllung unserer Verpflichtung gegenüber Natur und Landschaft gehört neben der Gebietsausweisung eine stärkere Beachtung der ökologischen Belange bei allen staatlichen und privaten Aktivitäten. Ökologisches Handeln ist wirtschaftlich vernünftig. Deshalb werden wir auf der Grundlage einer Sozialen Marktwirtschaft, die die ökologischen Folgen menschlichen Handelns von Anfang an mit berücksichtigt, dafür sorgen, daß es zu einer Minimierung der Umweltbelastungen kommt. Es liegt im Eigeninteresse der Wirtschaft, Umweltbelastungen zu verhindern, damit eine nachträgliche Entsorgung entbehrlich oder wesentlich reduziert wird.

...

#### UNSERE LUFT IST DIE SAUBERSTE

Unsere Luft ist schon heute die sauberste in Deutschland. Dort, wo Verbesserungen notwendig sind, setzen wir an. Um unsere Luft weiter von Schadstoffen zu entlasten, nutzen wir technische Möglichkeiten wie Filter und Katalysatoren. Darüber hinaus werden wir mit allen Nachbarn Verhandlungen führen mit dem Ziel einer Verringerung grenzüberschreitender Luftbelastungen.

#### GEWÄSSERSCHUTZ IST VORDRINGLICH

Saubere Gewässer gehören zu unseren vordringlichen Zielen. Die eingeleiteten Initiativen zur Verbesserung der Wasserqualität waren erfolgreich. Wir werden sie so lange fortsetzen, bis alle unsere Gewässer von schädlichen Frachten befreit sind und wieder der Lebensraum für eine breite Vielfalt von Tieren und Pflanzen sein können. Das Grundwasser werden wir im Hinblick auf Menge und Güte besser erforschen und überwachen. Die Nordsee soll leben und darf auch von den anderen Anrainerstaaten nicht länger als Müllkippe mißbraucht werden. Nach der inzwischen erfolgten Einstellung der Grünsalzverklappung aus niedersächsischen Firmen ist darauf hinzuwirken, daß auch die Dünnsäureverbringung aller Länder in die Nordsee noch vor dem Zieldatum 1989 endgültig eingestellt wird. Im Interesse der Nordsee müssen auch Elbe und Weser in Vereinbarungen mit der DDR und CSSR wieder zu sauberen Flüssen werden.

#### ABFALLWIRTSCHAFT IST UNSER ZIEL

Deshalb kommt es für uns entscheidend darauf an, anstelle der Abfallbeseitigung die Abfallwirtschaft zu fördern und weiter zu entwickeln. Für uns gilt der Grundsatz: Vermeiden vor Verwerten, Verwerten vor Beseitigen. Sondermüll wird nach Art und Eignung der sichersten Beseitigung zugeführt. Hochtemperaturverbrennungsanlagen, unter- und oberirdische Deponien nach dem jeweils neuesten Stand der Technik auszubauen und in ausreichender Zahl bereitzustellen.

...

#### SCHADSTOFFFREIHEIT AUCH BEI LEBENSMITTELN

Dem Schutz des Bodens und der Reinheit unserer Lebensmittel gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir werden sicherstellen, daß hier Gefahrenquellen erkannt und beseitigt werden und daß die untersuchenden Stellen alle technischen und verwaltungsmäßigen Möglichkeiten haben, die gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Nahrungsmittel zu garantieren. Umweltschutz und Verbraucherschutz gehen hier Hand in Hand.

#### WIR HABEN DEN LÄRMSCHUTZ VERWIRKLICHT

In unseren Städten, bei vielen Arbeits- und Produktionsprozessen leiden viele Menschen unter einem Übermaß an Lärm. Wir haben dem Lärm den Kampf angesagt und werden alles tun, um lärmschützende Maßnahmen zu fordern und zu fördern.

#### ALLE MÜSSEN IHREN BEITRAG LEISTEN

Die Natur und Umwelt zu erhalten kann nicht allein vom Staat vollbracht werden. Jeder Bürger muß seinen Beitrag leisten. Der Kauf eines schadstoffarmen Fahrzeugs, die Müllsortierung, schonender Energieverbrauch, sie alle tragen dazu bei. Wir appellieren deshalb an alle Bürger, mit uns gemeinsam unsere Umwelt, unsere Natur noch lebenswerter, noch liebenswerter zu gestalten.

...

## VI. UNSERE JUGEND-, SPORT- UND BILDUNGSPOLITIK

### UNSERE JUGEND HAT ZUKUNFT

Politik hat die Zukunft der nachwachsenden Generation zu sichern. Jugendpolitik muß jungen Menschen soviel Raum wie möglich für eigenes Handeln, kreatives Tun, eigenes Erfahren und persönliches Erlernen von Verantwortung ermöglichen. Dabei dürfen wir die Jugend aber nicht allein lassen. Die Erwachsenen müssen als Gesprächspartner zur Verfügung stehen und sich der Jugend stellen.

Eine wirksame Förderung von Jugendarbeit besteht für uns in der Unterstützung von Jugendverbänden, Jugendbildungsstätten und Fachorganisationen, die mit und für junge Menschen tätig sind.

Unsere Welt rückt immer näher zusammen. Deshalb fördern wir den internationalen Jugendaustausch. Wer Konflikte in der Welt beseitigen will, muß miteinander sprechen. Gerade junge Menschen sind aufgefordert, Grenzen zu überspringen.

Jugend muß wissen, daß sie gebraucht wird, daß sie selbst etwas leisten kann und muß. Eine Politik, die alles "frei Haus" zu liefern verspricht, versündigt sich an der Jugend. Sie will gefordert sein und Neues wagen. Wir machen ihr Mut dazu.

### UNSER GRUNDSATZ: SPORT FÜR ALLE

In einer Gesellschaft, die über immer mehr freie Zeit verfügt und in der die körperliche Belastung bei der beruflichen Betätigung stark zurückgeht, gewinnt der Sport immer mehr an Bedeutung.

Sportliche Betätigung vermittelt wichtige Lebenserfahrungen vor allem für junge Menschen. Sie erfordert Fairness und wirkt erzieherisch. Der Sport bildet aber auch eine besondere Hilfe für ältere, behinderte und benachteiligte Gruppen und trägt zur Gesundheitsvorsorge entscheidend bei.

. . .

Die Förderung des Breitensports steht für uns obenan. Wir bekennen uns auch zum Leistungs- und Spitzensport. Aus diesem Grunde setzen wir uns für die Einrichtung von Olympia-Stützpunkten in Hannover und Wolfsburg ein. In ihnen sollen optimale Trainings- und Betreuungsvoraussetzungen unserer Spitzenathleten geschaffen werden. Wir wollen den Sport nicht ideologisieren, er soll Freude bereiten denen, die ihn betreiben und denen, die sich an ihm erfreuen möchten.

Für uns darf der Sport nicht zum Staatssport werden. Seine Träger sind vielmehr die vielen Tausende von Sportvereinen mit ihren ehrenamtlichen Helfern, Trainern und Übungsleitern. Sie organisieren mit Unterstützung der öffentlichen Sportförderung selbständig und in eigener Verantwortung ein breites Sportangebot für die Bevölkerung.

Wir wollen unsere Spitzenstellung beim Sportstättenbau in Deutschland halten. Für uns ist Sport mehr als nur die schönste Nebensache der Welt.

### WIR SCHAFFEN DIE MENSCHLICHE SCHULE

Die Schule prägt den Menschen. Sie trägt einen bedeutenden Teil zur Erziehung und zur Bildung unserer Jugend bei. Deshalb ist sie auf einen breiten Konsens in der Gesellschaft angewiesen. Die Schule darf nicht das Experimentierfeld ideologischen Meinungsstreites sein.

Schwerpunkt aller Bemühungen ist die weitere Verbesserung von Unterricht und Erziehung in der Schule. Ihr Ziel ist es, jeden Schüler seinen Begabungen gemäß bestmöglich zu fördern, allen Schülern eine ihren Fähigkeiten entsprechende solide Grundbildung zu vermitteln, ihr Selbstvertrauen und ihre Leistungsbereitschaft zu stärken sowie ihre Freude am Lernen zu wecken. Eine Einheitschule wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Wir bekennen uns daher unverändert zum bewährten gegliederten Schulsystem.

Das schließt die behutsame Weiterentwicklung in Teilbereichen nicht aus, was auch für die Orientierungsstufe gilt, damit diese den unterschiedlichen Begabungsprofilen verbesserte Förderungsmöglichkeiten bietet.

. . .

Die Schule bereitet die Jugend auf das Leben vor. Sie muß am gesellschaftlichen Wandel teilhaben. Den Herausforderungen der technischen Entwicklung wird sich unsere Schule stellen. Wir sind auf diesem Gebiet Vorbild und Vorreiter in der Bundesrepublik Deutschland. Dies führt auch zu neuartigen Ansprüchen an die Lehrerfortbildung, die wir gemeinsam mit den Pädagogen erfüllen wollen.

Wir bekennen uns zur Stärkung der partnerschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern und Schülern in der Schule. Die Einbringung eigener Ideen und Vorschläge, die Übernahme von Verantwortung führen zu einer stärkeren Identifikation mit der Schule, zu mehr Selbständigkeit und Motivation. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Deshalb gilt es, besonders die Zusammenarbeit zwischen Schule und Arbeitsamt zu verbessern. Den Schülern muß dabei die gesamte Breite des Ausbildungsplatzangebotes deutlich gemacht werden.

#### BERUFSBILDUNG - WIR MACHEN FIT FÜRS LEBEN

Für uns haben Allgemeinbildung und Berufsbildung verschiedene Ziele, aber den gleichen Wert. Deshalb treten wir dafür ein, daß betriebs- und wirtschaftsnahe Berufsbildung gewahrt bleiben.

Wir werden im Rahmen der notwendigen Neuordnung der Ausbildungsberufe auch das Berufsgrundbildungsjahr weiterentwickeln und mit der Fachbildung unter Berücksichtigung maßgeblicher betrieblicher Anforderungen verzahnen.

Die Durchlässigkeit zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen muß weiterentwickelt werden.

Berufliche Anforderungen und bisher erworbenes Wissen und Können entsprechen sich angesichts stürmischer Entwicklungen oft nicht hinreichend. Deshalb werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß durch neue Formen der Zusammenarbeit aller Bildungseinrichtungen mit der ausbildenden Wirtschaft Anpassungen schnell und konsequent vollzogen werden. Die Welt rückt immer mehr zu-

. . .

sammen. Auch für die niedersächsische Wirtschaft gibt es Märkte in aller Welt zu erschließen. Sprachkenntnisse sind dabei von großer Wichtigkeit. Es ist deshalb zu überlegen, ob nicht verstärkt auch neue Sprachen, seien es Portugiesisch, Spanisch, Chinesisch oder Japanisch, an den Schulen angeboten werden könnten. Gute Exportkaufleute sichern auch in Niedersachsen unsere Arbeitsplätze.

Unsere besondere Fürsorge gilt Lernbehinderten, Sonderschülern und Jugendlichen ohne Lehrabschluß, die ungünstige Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme haben. Es muß ihnen durch Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft eine sinnvolle Ausbildung und Beschäftigung noch besser als bisher ermöglicht werden.

#### CHANCE FÜR ALLE BÜRGER: WEITERBILDUNG

Wer sein Leben meistern will, muß bildungsbereit sein. Die Erwachsenenbildung leistet hierzu einen unersetzbaren Beitrag. Es ist ihre Aufgabe, den Menschen auf die sich ständig ändernden Bildungsanforderungen und -bedürfnisse vorzubereiten. Mit unserem Erwachsenenbildungsgesetz ist ein Instrument erwachsen, das uns eine erfolgreiche Bewältigung dieser Arbeit ermöglicht. Wir wollen mit dem Ausbau unserer Förderung die Pluralität, die Eigenverantwortlichkeit, die Flexibilität und die Praxisnähe unserer Weiterbildungseinrichtungen sichern und dadurch für die sie nutzenden Bürger die Chancen zu verbessern.

Den Anforderungen des raschen strukturellen Wandels erhöhen den Stellenwert der beruflichen Weiterbildung. Dabei erfordert die Herausforderung der neuen Technologien von Wirtschaft und Staat eine besondere Verantwortung für die Qualifizierung der Beschäftigten und des beruflichen Nachwuchses.

Bildungsbereitschaft muß durch eine angemessene Urlauberteilung gefördert werden. Dabei müssen vor allem auch internationale Problemstellungen Berücksichtigung finden. Wir wollen daher Bildungsurlaub wieder für Maßnahmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ermöglichen.

. . .

## VII. UNSERE POLITIK FÜR FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

### NIEDERSACHSEN IN FORSCHUNG UND WISSENSCHAFTEN VORN

Wir haben Niedersachsen zum Forschungsland gemacht. Schlüsseltechnologien werden ausgebaut: Die Bio- und Gentechnik, die Informations- und Umwelttechnologie ebenso wie die Werkstoff-, Meeres-, Steuerungs-, Verfahrens- und Lasertechnik sowie die angewandte Elektrochemie.

Die Forschung bringt Chancen, aber sie birgt auch Risiken. Deshalb muß sich Forschung der ethischen Verantwortung bewußt sein. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der Geisteswissenschaften.

Eine chancenreiche und kürzere Hochschulausbildung ist unser Ziel. Geistes- und Sozialwissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie die künstlerischen Disziplinen sind uns gleichermaßen wichtig. Wir stärken Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen.

Schwerpunkte dieser Politik u. a. sind:

- die Förderung neuer Technologien,
- die Berücksichtigung aller Landesteile bei der Hochschul- und Forschungsförderung,
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aller Fachrichtungen,
- der Abbau überschüssiger Kapazitäten im Hochschulbereich, etwa bei der Lehrerausbildung, und sinnvolle Einbeziehung der frei gewordenen Mittel in andere Hochschulzweige.

. . .

## VIII. UNSERE KUNST- UND KULTURPOLITIK

Kunst und Kultur sind für die Würde, Freiheit und Entfaltung des Menschen sowie für seine Lebensbedingungen von existentieller Bedeutung. Wir sehen daher in der Förderung des kulturellen Lebens in unserem Lande eine zentrale Aufgabe. Ziel unserer Kulturpolitik ist es, die Rahmenbedingungen zu erhalten und zu verbessern, unter denen sich Kunst und Kultur in allen Regionen unseres Landes und für alle Menschen entfalten kann. Wir wollen daher das kulturelle Engagement möglichst vieler Menschen wecken und sie zu kreativem Handeln bewegen. Vor allem jungen Menschen müssen dabei verstärkt den Zugang zu Kunst und Kultur finden.

Wir wollen uns für angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen der Künstler einsetzen und besonders jüngere Künstler stärker als bisher fördern.

Durch eine intensive Förderung der Denkmalpflege und des Museumswesens haben wir viel erhalten und gerettet. Die Wahrung des kulturellen Erbes unserer Geschichte soll auch künftig vorangetrieben werden. Vor allem jungen Menschen sollen auf diese Weise unsere geistig kulturellen Traditionen und unsere Geschichte anschaulich nahegebracht werden. Wir wollen daher in den nächsten Jahren museumspädagogische Projekte verstärkt fördern und die Zusammenarbeit in den Schulen intensivieren.

Durch die institutionelle Förderung bestehender und die Gründung neuer Landschaften wird das wachsende Geschichts- und Heimatbewußtsein unterstützt. Diese sorgen im ländlichen Raum bei Jung und Alt für die Erhaltung und Pflege des Brauchtums.

. . .

## IX. DIE NEUE PARTNERSCHAFT

### WIR WOLLEN DIE NEUE PARTNERSCHAFT

Wir treten dafür ein, daß Frauen und Männern die gleichen Chancen zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Voraussetzung dafür ist ein neues Selbstverständnis von Partnerschaft zwischen Frauen und Männern.

Die gleichberechtigte Partnerschaft wollen wir schon in der Erziehung verankern. Alle Schulbücher und Unterrichtsmittel werden wir noch stärker als bisher auf einseitige Festlegungen hin überprüfen.

Wir wollen den Frauen den Zugang zu höheren Positionen und technischen Bereichen erleichtern. Deshalb muß der Gedanke für mehr Partnerschaft für Frauen in der Stadt und auf dem Lande auch in mehr Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf dokumentiert werden. Dieses gilt für traditionelle Frauenberufe ebenso wie für moderne technische Berufe, für Selbständige und mithelfende Familienmitglieder.

Die Ausbildung von Mädchen für zukunftsorientierte, technische Berufe werden wir verstärken und darauf hinwirken, daß sich in Umschulungslehrgängen und Berufsrückkehrangeboten Frauen besonders mit den neuen Informationstechniken vertraut machen können.

Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern abzubauen und den Anteil von Frauen in technischen Berufen zu erhöhen.

. . .

### WIR WERDEN FAMILIE UND ARBEITSWELT WEITER HARMONISIEREN

Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter müssen nebeneinander möglich werden. Diese Wahlfreiheit ist nur möglich, wenn mit einem neuen Verständnis die Arbeit in der Familie und im Erwerbsleben gleichermaßen anerkannt wird. Wir haben mit der Einführung des Erziehungsgeldes und der Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung erstmals den eigenständigen Wert der Erziehungstätigkeit anerkannt.

Wir sorgen deshalb dafür, daß durch mehr Teilzeitarbeit und durch flexiblere Arbeitszeitregelungen eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit ermöglicht wird. Das Angebot an beruflichen Kontaktkursen während der Erziehungsjahre in der Familie werden wir erweitern und die Kindergartenöffnungszeiten mehr an die Bedürfnisse von berufstätigen Eltern oder Alleinerziehenden anpassen.

Viele Frauen suchen im Anschluß an die Zeit der Kindererziehung neue Aufgaben. Die Entscheidungsfindung in dieser Phase der Neuorientierung wollen wir durch die Förderung von Kursen wie "Neuer Start ab 35" erleichtern. Wir fordern zudem die verbesserte Einbeziehung von Berufsrückkehrerinnen in das Arbeitsförderungs-gesetz.

### WIR HELFEN FRAUEN IN NOT

Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und ihre Kinder werden wir weiterhin fördern und Forschungsvorhaben unterstützen, die Wege der Nachbetreuung aufzeigen.

. . .

## WIR WOLLEN GLEICHBERECHTIGUNG

Der Abbau immer noch bestehender Benachteiligungen vieler Frauen im Lebensalltag und die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der sozialen Wirklichkeit erfordern konkrete Bemühungen auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Wir wollen kontinuierlich den Anteil der Frauen bei der Kandidatenaufstellung für Wahlen steigern und damit ihre politische Verantwortung erhöhen. Wir werden deshalb eine Landesbeauftragte für Frauenfragen berufen und empfehlen den Kommunen zu prüfen, welches der von der CDU entworfenen Modelle einer Anlauf- und Beratungsstelle für Frauen für sie in Frage kommen könnte.

. . .

## X. UNSERE INNENPOLITIK

### STARKE SELBSTVERWALTUNG IST UNSER ZIEL

In den Gemeinden, Städten und Kreisen begegnet dem Bürger Politik und Verwaltung am nächsten, hier ist er hautnah betroffen. Das Bedürfnis, etwas mitgestalten zu wollen, findet im kommunalen Bereich seine stärkste Ausprägung. Kommunale Selbstverwaltung lebt entscheidend davon, daß die Bürger sich in möglichst großer Zahl zur Verfügung stellen, um ehrenamtlich an der Gestaltung ihrer örtlichen Angelegenheiten mitzuwirken.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Rahmenbedingungen zur Sicherung einer starken Selbstverwaltung durch die Gebietsreformen, die Aufgabenverlagerungen, die Verstetigung der finanziellen Grundlagen und die Beseitigung unnötiger staatlicher Mitwirkungsrechte neu geordnet worden. Niedersachsen steht dabei mit an der Spitze aller Bundesländer. Die Voraussetzungen für eine ehrenamtliche Aufgabenwahrnehmung wollen wir verbessern, um die Freude möglichst vieler Bürger an der Mitgestaltung ihrer nächsten Umgebung zu erhalten und zu erfüllen.

### BÜRGERNAHE VERWALTUNG VERWIRKLICHEN

Wo Millionen Menschen zusammenleben, geht es nicht ohne Vorschriften und Gesetze. Doch nicht jeder Lebensbereich ist regelungsbedürftig. Das freie Gestalten, die Selbstentfaltung müssen dem Menschen möglich bleiben. Unsere Frage lautet deshalb nicht, wo kann der Staat noch etwas neu regeln, sondern wir fragen nach der Notwendigkeit staatlichen Handelns. Wo diese zweifelhaft ist, entscheiden wir uns für die Freiheit der Bürger. Tausende von Vorschriften haben wir schon aufgehoben, weitere werden folgen.

. . .



## GRUNDRECHTE GARANTIEREN - INNERE SICHERHEIT ERHALTEN

Die Grundrechte der Bürger haben nur Bestand, wenn der Staat die innere Sicherheit gewährleistet. Eine freiheitliche Gesellschaft erfordert einen handlungsfähigen Staat, damit nicht das Faustrecht, das "Recht des Stärkeren", der Egoismus einzelner, die Freiheit des Anderen einschränkt. Den Dienst für den Staat in der Polizei, im Verfassungsschutz, im Bundesgrenzschutz und anderen Organen der inneren Sicherheit auszubauen und zu stärken heißt, die Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu sichern.

## WIR SORGEN FÜR DATENSCHUTZ

Die neuen Kommunikationstechnologien sind die Straßen der Zukunft; denn eine moderne Gesellschaft kommt ohne Datenerfassung nicht aus. Datenverarbeitung richtet sich nicht gegen den Bürger. Was wir allerdings schützen wollen, sind die personenbezogenen Daten der Bürger gegenüber dem Mißbrauch durch Dritte. Den "gläsernen Menschen" wollen wir nicht.

## DIENST FÜR DEN BÜRGER

Eine moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Seine Aufgaben sind vielfältig und verlangen ein hohes Maß an Flexibilität. Die Forderungen nach einem starren, einheitlichen Dienstrecht lehnen wir deshalb ab. Alle Gruppen des öffentlichen Dienstes sind aufgefordert, deutlich zu machen, daß sie durch ihre Arbeit einen Dienst am Bürger, am Staat zu leisten gewillt sind.

Wer dem Staat dient, darf nicht sein Gegner sein. Mehr noch: Alle öffentlich Bediensteten müssen für die freiheitliche, demokratische Grundordnung aktiv eintreten. Wer dies nicht will, muß seinen Platz außerhalb des öffentlichen Dienstes suchen.

. . .

## AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER: CHANCE ZUR INTEGRATION

Wer als ausländischer Mitbürger bei uns lebt und auf Dauer bei uns bleiben möchte, dem geben wir die Chance zur vollständigen Integration. Sie muß von ihm selbst gewollt und genutzt werden. Erst danach kann die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten erworben werden.

## ASYL FÜR POLITISCHE FLÜCHTLINGE

Das Recht auf Asyl ist für uns unantastbar. Unsere eigene Geschichte fordert das! Das Asylrecht gilt jedoch nur für jene, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Mit unserem Asylrecht können wir nicht die Armut in der Welt beseitigen. Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung müssen dafür sorgen, daß politische Flüchtlinge schnell anerkannt werden und der Mißbrauch des Asylrechts verhindert wird.

## RECHT UND JUSTIZ - GRUNDLAGE UNSERER DEMOKRATIE

Die Justiz ist Garant für den Rechtsfrieden und sichert die Freiheitsrechte des einzelnen. Der Bürger wünscht in seinen Rechtsbeziehungen klare Verhältnisse, Rechtsfrieden, Sicherheit und auch die wirksame Bekämpfung des Unrechts. Dieses zu gewährleisten ist eine grundlegende Aufgabe des Rechtsstaats, die er durch die Gerichte und Staatsanwaltschaften (die durch den Strafvollzug, die sozialen Dienste und die Entlassenenhilfe unterstützt werden) wahrnimmt. Dieser Bedeutung hat die niedersächsische Landesregierung in den vergangenen Jahren Rechnung getragen: Das Personal an den Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Strafvollzug ist nicht unerheblich verstärkt worden. Im Bereich des Strafvollzuges soll der Ausbau der ambulanten Maßnahmen, insbesondere für auf Bewährung Verurteilte, nunmehr Vorrang genießen. Wir wollen Gestrachelten den Weg zurück in die Gesellschaft erleichtern. Jugendliche Straftäter sollen daher nur im Ausnahmefall Haftstrafen verbüßen. Ambulante Maßnahmen der freien Träger der Jugendhilfe sollen vom Land und den Kommunen gemeinsam unterstützt werden. Hier handelt es sich gleichermaßen um Aufgaben der Jugendhilfe und des Strafvollzuges. Auch in Zukunft werden wir eine funktionsfähige Rechtspflege gewährleisten!

. . .